



27. Parteitag der CDU Deutschlands

Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Gruppe im
Europäischen Parlament
Herbert Reul MdEP

8. - 10. Dezember 2014 - Köln

Die Union hat die Wahlen zum 8. Europäischen Parlament gewonnen

CDU und CSU haben im Mai gemeinsam die Europawahl in Deutschland gewonnen. Mit 34 von insgesamt 96 deutschen Europaabgeordneten bilden wir trotz Einbußen die stärkste nationale Delegation im Europäischen Parlament. Die Kolleginnen und Kollegen haben mich erneut zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe gewählt. Dr. Angelika Niebler von der CSU ist unsere neue Co-Vorsitzende.

Die Union nimmt wieder besonders viele Schlüsselfunktionen in Fraktion und Parlament ein. Besonders hervorzuheben sind unsere Freunde Manfred Weber (CSU), der fast einstimmig zum Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt wurde, und Rainer Wieland (CDU), der erneut Vizepräsident des Europäischen Parlaments ist.

Außerdem sitzt Elmar Brok (CDU) dem Auswärtigen Ausschuss und Dr. Inge Gräßle (CDU) dem Haushaltskontrollausschuss vor. Stellvertretende Ausschussvorsitze bekleiden Markus Ferber (CSU) im Wirtschafts- und Währungsausschuss, Dr. Dieter-Lebrecht Koch (CDU) im Verkehrsausschuss, Axel Voss (CDU) im Rechtsausschuss, Joachim Zeller (CDU) im Regionalausschuss, Werner Kuhn (CDU) im Fischereiausschuss sowie Dr. Christian Ehler (CDU) im Sicherheits- und Verteidigungsausschuss.

Zu EVP-Fraktionssprechern bzw. „Koordinatoren“ in den Ausschüssen wurden gewählt Albert Deß (CSU, Landwirtschaft), Burkhard Balz (CDU, Wirtschaft und Währung), Daniel Caspary (CDU, Außenhandel), Dr. Peter Liese (CDU, Umwelt und Gesundheit), Dr. Andreas Schwab (CDU, Binnenmarkt und Verbraucherschutz), Monika Hohlmeier (CSU, Inneres und Bürgerrechte), Michael Gahler (CDU, Sicherheit und Verteidigung), Sabine Verheyen (CDU, Kultur und Bildung) sowie Dr. Peter Jahr (CDU, Petitionen).

Dass wir heute so gut positioniert sind und viel Einfluss auf die Entscheidungen in Europa nehmen können, ist nicht selbstverständlich. Wir sind dankbar, so großes Vertrauen gewonnen und so viele Menschen überzeugt zu haben.

Wir haben das geschafft,

obwohl diesmal mit Martin Schulz ein Deutscher, ein SPD-Mann als Spitzenkandidat der europäischen Sozialisten angetreten war, der auch noch im Übermaß seinen Amtsbonus als EP-Präsident ausgespielt hat, und

obwohl das Bundesverfassungsgericht in zwei sehr umstrittenen Urteilen erst die 5-Prozent- und dann die 3-Prozent-Sperrklausel gekippt hat und jetzt *acht* deutsche Parteien mehr als in der letzten Legislaturperiode im Europäischen Parlament sind. Viele haben diese Zersplitterung aus den besten Gründen abwenden wollen. Wir danken vor allem dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, für sein großes Engagement. Der rechtstheoretische Rigorismus einer knappen Richtermehrheit ist nun daran schuld, dass sich das deutsche Volk auf europäischer Ebene auch von einem Radikalen von der NPD und einem „Spaßpolitiker“ von einem Satire-Magazin repräsentieren lassen muss.

Gerade als Demokraten dürfen wir uns das nicht gefallen lassen. Deshalb bitten wir darum, den an diesen Parteitag von vielen Seiten gestellten Antrag zu unterstützen, Mindesthürden für die Europa-, Bundestags-, Landtags- und die Kommunalwahlen gerichtsfest im Grundgesetz verankern zu lassen. Wir wollen starke parlamentarische Handlungsfähigkeit. Wir wollen vor allem, dass von diesem Parteitag ein starkes politisches Signal für einen vernünftigen Realismus im deutschen Wahlrecht ausgeht!

Wir haben allen Widrigkeiten zum Trotz wieder so viele Menschen überzeugt, weil die Union die größte Europakompetenz hat und ganz besonders,

weil die Europapolitik von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, genau wie sie selbst, das höchste Ansehen genießt.

Die Entscheidung für Herrn Juncker und Herrn Oettinger setzen das Wahlergebnis um

Wählerinnen und Wähler aus der gesamten Europäischen Union haben die Europäische Volkspartei zum vierten Mal hintereinander zur stärksten Kraft gemacht. Das ist in gleich doppelter Hinsicht von besonderer Bedeutung:

Zum einen, weil die EVP-Fraktion somit die größte Fraktion im Europäischen Parlament bildet. Die Europawahlen im Mai waren die erste Wahl seit der Einführung des Vertrages von Lissabon. Wir können mit einiger Berechtigung sagen: Nie hatte das Europäische Parlament so viel Gestaltungsmacht wie heute. Unsere parlamentarische Stärke als EVP ist also wertvoller denn je.

Zum anderen, weil die großen europäischen Parteienverbände erstmals mit Spitzenkandidaten für das Amt des neuen Präsidenten der Europäischen Kommission angetreten sind. Wir, die EVP, haben als Wahlsieger Jean-Claude Juncker mit den Sozialisten und Liberalen als Kommissionspräsidenten durchgesetzt. Wir haben den Wählerwillen in sichtbarster Weise durch die Kür des Spitzenkandidaten unserer siegreichen Partei umgesetzt. Dass dies gelungen ist, das ist ein wirklich wichtiger Beitrag zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie auf europäischer Ebene.

Martin Schulz, der Chefunterhändler der unterlegenen Sozialisten, hatte dies verstanden, als offensichtlich wurde, dass für Frau Dr. Merkel der einzige Deutsche in der Kommission selbstverständlich nur von Unionsseite kommen konnte und wieder Günther Oettinger heißen sollte. Für unseren doppelten Erfolg können wir Herrn Schulz für eine weitere halbe Legislaturperiode als EP-Präsident allemal in Kauf nehmen, zumal wir heute schon davon ausgehen können, dass mit Beginn der zweiten Hälfte ein EVP-Abgeordneter das Präsidentenamt übernimmt. Weil der ehemalige polnische Ministerpräsident, Donald Tusk, seit dem 1. Dezember Präsident des Europäischen Rates ist, sind dann alle drei Spitzenämter vor den nächsten Europawahlen in EVP-Hand.

Wir wollen, dass Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident erfolgreich ist. Deshalb haben wir ihn nicht nur am 22. Oktober in Straßburg gewählt, sondern ihm am 27. November an gleicher Stelle nochmals unser Vertrauen ausgesprochen. Die destruktiven Elemente aus der rechten Ecke hatten sich auf Initiative der sogar aus Russland kreditfinanzierten französischen Front National und der britischen UKIP-Populisten zum Misstrauensantrag zusammengeschlossen. Vorgeblich gemäßigte Euroskeptiker wie die AfD zeigten im Pakt mit Rechtsradikalen ihr wahres Gesicht. Dr. Wolfgang Schäuble hat recht: Die AfD ist eine Schande für Deutschland! Wer mit der Ablehnung Herrn Junckers der EU in der Startphase der Kommission und in schwieriger Zeit das Heft des Handelns aus der Hand schlagen will, dem ist Europa egal, dem sind die Menschen egal und der weiß auch nicht, was Staatsraison bedeutet.

Jean-Claude Juncker steht für eine Europäische Kommission neuen Zuschnitts und neuer Art. Er hat das frühere „Kommissarskollegium der Ressortvielfalt“ durch eine intelligente, mehr Effizienz verheißende Struktur aus Vizepräsidenten und zugeordneten Fachkommissaren ersetzt. Die neue Kommission ist eine regierungsähnlichere, weil politischere Kommission. Der Anspruch „weg vom Diplomaten oder gar Bürokraten“ und „hin zum Politiker“ scheint von Anbeginn die „Formatvorlage“ für Herrn Junckers neue Mannschaft gewesen zu sein. Wir haben ihre Mitglieder jedenfalls so in den Ausschussanhörungen erlebt. Dass sich eine Regierungsmannschaft den Fachausschüssen des Parlaments stellen und sich einer Bewährungsprobe aussetzen muss, gibt es übrigens nur auf EU-Ebene und ist eines ihrer exklusiven Demokratiemerkmale. Nach eingehender

Befragung hat das Europäische Parlament neben neuen Ressortzuschnitten auch einen Personalaustausch durchgesetzt.

Günther Oettinger hat in der Anhörung durch den Fachausschuss wie erwartet eine sehr gute Figur gemacht. Bereits als Energie-Kommissar hat er hervorragende Arbeit geleistet. Noch am letzten Arbeitstag ist es ihm gelungen, den Gaskonflikt EU/Russland/Ukraine für diesen Winter zu lösen.

Mit seiner neuen Zuständigkeit für „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ hat Herr Oettinger ein Schlüsselresort, ein großes Zukunftsthema mit hoher Relevanz für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt. Zu der breiten Zuständigkeit für den deutschen Kommissar zählen auch Urheberrecht- und Datenschutz. Es geht darum, die Digitale Agenda vorantreiben, Europa zu mehr „technologischer Souveränität“ zu führen, so spannende Themen wie „Industrie 4.0“ voranzubringen und so wichtige wie die Netzneutralität. Wir wünschen uns den besten Erfolg für Günther Oettinger und werden ihn kraftvoll unterstützen.

Demokratischer, besser und trotzdem gespalten? Wir wollen konstruktive proeuropäische Politik, die überzeugt

Das positive Signal der Europawahl heißt „mehr Demokratie“. Die Wählerinnen und Wähler in den EU-Mitgliedstaaten haben den neuen Kommissionspräsidenten am Ende tatsächlich quasi „direkt“ gewählt. Viele sagen, hinter den „direkten“ Spitzenkandidaten werden wir auch in Zukunft nicht mehr zurückgehen können. Diesmal jedenfalls hat es sich zur unseren Gunsten gefügt und darüber freue ich mich.

Das negative Signal des Wahlergebnisses ist, dass die europaskeptischen Parteien großen Zuwachs verzeichnet haben. EU-weit kommen sie auf fast 100 Sitze. Davon sind knapp die Hälfte in der Rechtsaußenfraktion EFDD (Europa der Freiheit und direkten Demokratie), die andere Hälfte bleibt fraktionslos. Hinzu kommen 71 Abgeordnete der EKR (Europäische Konservative und Reformisten), die weitere Integrationsschritte ablehnt. Am anderen Rand des EP verbuchte die Europäische Linke (GUE/NGL) Zuwächse von 35 auf 52 Mandate. Im aktuellen Europäischen Parlament stammt rund ein Drittel der Mitglieder aus rechts- und linksradikalen, aber mindestens populistischen und aus nicht integrierbaren Parteien.

Die Zunahme all dieser Kräfte ist Ausdruck tief in die Gesellschaft hineingehender Verunsicherung und Kritik. Zwar ist es uns gelungen, die schwere Krise in Europa durch den europäischen Rettungsschirm, staatliche Reformen und neue europäische Regelungen bislang gut zu meistern. Als Folge fehlgeleiteter Haushalts- und Wirtschaftspolitik in EU-Mitgliedstaaten wie Griechenland, Portugal oder Spanien gibt es aber immer noch hohe Arbeitslosigkeit, Wohlstandsverluste bis hin zu echter Armut und Perspektivlosigkeit breiter Schichten, vor allem aber der jungen Leute. Politische Rattenfänger und Ewiggestrige der nationalen Rechten und der sozialistischen Linken sehen ohne Ideen für wirkliche Lösungen die Chance gekommen, ihre Machtambitionen auszuleben.

Was wir jetzt brauchen, ist überzeugendes und erfolgreiches Handeln statt „business as usual“. Angesichts der inneren Schwierigkeiten in Europa, aber auch der aktuellen Bedrohungen in der Welt und in unserer Nachbarschaft wie die russische Aggression in der Ukraine, der Terror des Islamischen Staats oder die Ebola-Seuche ist größte Entschlossenheit der seriösen politischen Kräfte gefragt.

Damit wir auf europäischer Ebene erfolgreich sein können, bedarf es der konstruktiven, proeuropäischen Kräfte im Europäischen Parlament. Die politische Vereinbarung von EVP, S&D und der liberalen Fraktion ALDE zur Unterstützung Herrn Junckers hat sich bislang als tragfähig erwiesen. Außerdem haben EVP und S&D als politische Mitte mit rund 55 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. Aber Achtung: Das Erstarren vor allem des

rechtsradikalen und rechtspopulistischen Randes darf jetzt nicht dazu führen, dass wir in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen nach links rücken!

Deshalb ist es gut, dass sich die CDU/CSU-Gruppe rechtzeitig positioniert hat. Die EVP-Fraktion hat „Eine Reformagenda für Europas Zukunft“ entwickelt, in die wir unsere Prioritäten für die 8. Legislaturperiode bis 2019 eingebracht haben.

Präsident Juncker und sein Erster Vizepräsident Timmermans haben die gravierende Schieflage und die existenzielle Gefahr für das Friedens- und Wohlstandsprojekt der Europäischen Union erkannt. Sie haben Parlament und Ratspräsidentschaft zu einem strukturierten Trilog über den europäischen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen aufgerufen. Die CDU/CSU-Gruppe ist gut darauf vorbereitet.

***Halten, was wir den Wählerinnen und Wählern versprochen haben -
die Erwartungen der CDU/CSU-Gruppe an die 8. Legislaturperiode***

Jetzt gilt es, für das einzutreten und das durchzusetzen, was wir den Bürgerinnen und Bürgern vor der Europawahl versprochen haben.

Wir haben angekündigt, dass unser Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode darauf liegen soll, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern, damit mehr sichere Arbeitsplätze entstehen können. Es gilt, wirksam dazu beizutragen, dass die europäische Wirtschafts- und Schuldenkrise endgültig überwunden wird, ihre negativen Folgen für den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat vieler Mitgliedsländer beseitigt werden und dass die europäische Wirtschaft eine starke Wettbewerbsfähigkeit für eine gute Zukunft der Europäer in der globalisierten Welt entwickelt.

Die Europäische Zentralbank hat Maßnahmen ergriffen, um die Krisenauswirkungen weiter einzudämmen. Allein die Ankündigung durch EZB-Präsident Mario Draghi, dass die EZB wenn nötig unbegrenzt Staatsanleihen ankaufen werde, hatte zur nachhaltigen Stabilisierung des Euroraums beigetragen und Wetten der Märkte gegen angeschlagene Staatshaushalte Einhalt geboten. Seit geraumer Zeit versucht die EZB, durch unterschiedliche Maßnahmen die Inflation und die Inflationserwartung zu erhöhen, weil sie sich davon eine Ankurbelung der Wirtschaft verspricht. Die Zinsen hat die EZB mittlerweile auf mehr oder weniger null gesenkt. Die problematischen Volkswirtschaften, um die es der Europäischen Zentralbank geht, sind deshalb trotzdem nicht richtig angesprungen.

Wenngleich die EZB immer wieder Zeit für dringend erforderliche mitgliedstaatliche Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit verschafft hat, lassen ihre Versuche, private Investitionen anzuregen, den durchschlagenden Erfolg eher vermissen.

Jetzt ist die neue Europäische Kommission angetreten, die seit dem Ausbruch der Finanz- und Eurokrise herrschende Investitionsschwäche zu überwinden. Sie hat eine Investitionsoffensive mit einem Volumen von mindestens 315 Milliarden Euro angekündigt, um das Wachstum in Europa zu steigern, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Die erste Säule, auf welcher der Investitionsplan beruht, ist die Verbesserung des Investitionsumfelds. Es sind also eben jene notwendigen strukturellen Reformen, um ein positives Klima für Investitionen zu schaffen. Die zweite Säule ist die Auswahl der Projekte, die für Investitionen in Frage kommen. Hier sollen Expertengremien einbezogen werden und primär technische und wirtschaftliche Kriterien ausschlaggebend sein und keine politischen. So sollen Investitionen richtig platziert werden.

Die dritte Säule ist die Einrichtung eines mit geringen öffentlichen Mitteln garantierten neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), der in den kommenden drei Jahren (2015 - 2017) zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 315 Milliarden Euro mobilisieren soll. Ebenso helfen soll die Aufstellung eines ehrgeizigen Zeitplans, um Europa für Investitionen attraktiver zu machen und regulatorische Engpässe zu beseitigen. Der entscheidende Unterschied zu den Maßnahmen der EZB und das Hauptmerkmal dieser großen Kommissionsinitiative aber ist, dass der von der Europäischen Investitionsbank verwaltete Fonds das Risiko von Erstverlusten der neuen Projekte, in die investiert werden soll, übernimmt.

Schätzungen der Kommission haben ergeben, dass durch ihr Maßnahmenpaket in den nächsten drei Jahren die Wirtschaftsleistung in der EU um 330 bis 410 Milliarden Euro gesteigert und bis zu 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Wir teilen die Auffassung, dass es sehr darauf ankommt, das Unternehmensumfeld zu verbessern, um das Potenzial des EU-Binnenmarktes auszuschöpfen. Ein positives Investitionsklima ist eine gute Voraussetzung für eine Kultur innovativen Unternehmergeistes. In der Tat bedarf es förderlicherer Bedingungen für kleinere und mittelgroße Unternehmen, die das Rückgrat dynamischer Volkswirtschaften sind. Die Zielsetzungen der Kommission, bürokratische Hürden abzubauen, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und langfristige Investitionen rechtlich besser abzusichern, finden selbstverständlich unsere Unterstützung.

Die Gesetzgebung der Europäischen Union muss schwerpunktmäßig der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dienen. Das ist das eigentlich Neue an diesem Vorschlag.

Die CDU/CSU-Gruppe hält es für wichtig, die Konsolidierung der Haushalte weiterzuführen. Öffentliche, schuldenbasierte Konjunkturprogramme linker Initiatoren hingegen sind die reine Verschwendung von Volksvermögen. Sie entfachen nur Strohfeuer, können aber nicht für stabile Arbeitsplätze und dauerhaften Wohlstand sorgen. Zur weiteren Krisenüberwindung bedarf es struktureller Reformen, strikter Haushaltsdisziplin und gezielter Investitionen.

Als Mitgliedstaat hat Deutschland diesen Dreiklang mit großem Erfolg vorgemacht. Das ist der richtige Weg, Menschen und Staaten nachhaltig aus schwierigen wirtschaftlichen Situationen herauszubringen und Wohlstand für alle zu ermöglichen.

Aus Sicht der CDU/CSU-Gruppe wird es sehr darauf ankommen, dass die in der Konzeption der Investitionsinitiative vorgesehene Expertenkommission die richtigen Investitionsprojekte auswählt. Es wäre unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geradezu sinnverkehrend, wenn planerische Auswahlentscheidungen ausgerechnet auch auf Projekte fielen, die von vorneherein rentabel sind und sich daher sowieso über den Markt finanzieren lassen würden.

Es ist richtig: Eine florierende Wirtschaft braucht moderne Infrastruktur. Es muss um den Ausbau der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energienetze gehen. Kritisch zu sehen ist daher, dass die öffentlichen Mittel für den Kapitalstock des Fonds ausgerechnet aus den bereits bestehenden EU-Zukunftsprogrammen für Infrastruktur und Forschung kommen sollen. Haben diese Felder Priorität, dann wäre es gerechtfertigt gewesen, endlich alte Zöpfe abzuschneiden und die Mittel mit dem erforderlichen reformerischen Mut aus nachrangigeren Haushaltsposten zu mobilisieren. Weil wir im äußerst strittigen Verfahren zum EU-Haushalt 2015 gerade die Infrastruktur- und Forschungsmittel besonders intensiv eingefordert haben, könnte man das auch als problematischen Fall ungenügender Achtung der Budgetkompetenz des Europäischen Parlaments betrachten.

Die CDU/CSU-Gruppe tritt für eine wettbewerbsförderliche Industriepolitik und die entschlossene Umkehrung der fatalen Deindustrialisierung Europas ein.

Wir wollen die Vollendung des Europäischen Binnenmarkts vor allem im Bereich der Energie. Es bedarf einer wettbewerbs- und leistungsfähigen europäischen Energieunion, eines Energieversorgungsverbands, abgestimmter Förderung Erneuerbarer Energien sowie leistungsfähiger Netze und Speicher. Wir sind gegen einen Fördersystemwildwuchs bei den Erneuerbaren und wollen stattdessen einen europäischen Förderrahmen dafür. Es muss um eine große Breite an Energiequellen sowie an außereuropäischen Lieferanten, eine große gemeinsame Marktmacht und Importunabhängigkeit gehen. Wir brauchen eine anreizbasierte Energieeffizienzförderung und setzen für den Klimaschutz weiterhin auf das marktwirtschaftliche Emissionshandelssystem, ohne dabei die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu vernachlässigen.

Wir treten aus Überzeugung dafür ein, Märkte zu öffnen und Handelshemmnisse abzubauen. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Gruppe für die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft "TTIP" mit den USA ein. Sie ist nicht nur eine große Chance für einen Zugewinn an Wirtschaftsdynamik, Arbeitsplätzen und Wohlstand. Für Europa geht es darum, im globalen Wettbewerb mit den Großen wie Asien dabei zu sein. Wir müssen uns die Chance eröffnen, die europäischen Standards über die enge Verflechtung mit den USA weltweit zur Geltung zu bringen. Immerhin hat die EU ein größeres Bruttoinlandsprodukt als die USA.

Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten können wir den weltweit größten Wirtschaftsraum schaffen. Unsere hohen Verbraucher-, Umwelt-, Datenschutz- und Investitionsstandards sind dabei zu gewährleisten. Die kulturelle Vielfalt ist zu schützen. Als Europaabgeordnete wollen wir transparente Verhandlungen, so dass wir unserer parlamentarischen Kontrollfunktion nachkommen können, und so viel Öffentlichkeit, wie dies im Interesse der Unionsbürgerinnen und -bürger Europas liegenden europäischen Verhandlungsstrategie vereinbar ist.

Es soll nochmals unterstrichen werden: Der europäische Haushalt muss konsequent auf Forschung, Entwicklung und Innovation ausgerichtet werden. Sie sind der beste Motor für eine gute wirtschaftliche Zukunft. Das müssen auch die Mitgliedstaaten begreifen. Sie müssen zu ihren eigenen, richtigen Prioritäten stehen, ihre Verpflichtungen erfüllen und die Verhandlungen über den Haushalt 2015 deblockieren.

Es soll sichergestellt sein, dass beim Umwelt- und Klimaschutz stets die für die Beschäftigungslage relevanten Kosten des angestrebten umweltpolitischen Nutzens angemessen in Rechnung gestellt werden. Umweltpolitik muss vor allem auf Anreize und marktwirtschaftliche Instrumente setzen. Regulierungen müssen praxisnah sein und mit Augenmaß vorgenommen werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft darf auch im globalen Maßstab nicht beeinträchtigt werden.

Wir treten dafür ein, den Abbau von Bürokratie aktiv als „kostenloses Wachstumsprogramm“ zu betreiben. Die Expertengruppe zum Bürokratieabbau von Edmund Stoiber hat unzählige Vorschläge unterbreitet. Europa braucht einen echten Bürokratie-TÜV. Erforderlich ist ein Frühwarnsystem gegen jede wettbewerbsschädliche und unverhältnismäßige Regulierung. Gerade weil die Krise noch nicht überwunden ist, müssen alle Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung überprüft werden.

Europäischer Zusammenhalt als Leitprinzip: Damit wir mit den immensen inneren und äußeren Herausforderungen klarkommen

Das integrierte Europa hat das Potenzial, die Krise endgültig zu überwinden, wenn alle Mitgliedstaaten mitziehen. Es kann sein Wohlstands- und Friedensversprechen erfolgreich erfüllen, wenn wir Europäer solidarisch sind. Aber es gilt, Solidarität auch richtig zu verstehen:

Sozialpolitik ist eine Kernkompetenz der Mitgliedstaaten. Mit dieser Feststellung liegt das Bundesverfassungsgericht hier in seinen „europapolitischen Ansichten“ richtig. Die europäische Ebene hat eine ergänzende Befugnis. Die Arbeitslosenversicherung zu europäisieren, geht nicht.

Genauso hört Solidarität auf, wo die Grenze zum Missbrauch erreicht ist. Das EuGH-Urteil in der Rechtssache Dano hat die deutsche Auffassung bestätigt, dass nicht erwerbstätige Unionsbürger, die sich allein mit dem Ziel, in den Genuss von Sozialhilfe zu kommen, in einen anderen Mitgliedstaat begeben, von bestimmten SGB II-Sozialleistungen ausgeschlossen werden könnten.

Regeln müssen eingehalten werden. Die CDU/CSU-Gruppe steht ausdrücklich zu dem Pakt für Wachstum und Beschäftigung. Sie steht ebenfalls zu der im Fiskalvertrag festgeschriebenen Konsolidierungspolitik. Die Mitgliedstaaten müssen den Verpflichtungen, die sie selber eingegangen sind, unbedingt nachkommen. Dazu gehört gerade auch die Einführung und Einhaltung der Schuldenbremse. Der Grundsatz der Solidität ist eine unerlässliche Anforderung an die Mitgliedstaaten für deren Haushalte und Strukturbedingungen und ist als Voraussetzung europäischer Solidarität zu verstehen.

Die Europäische Kommission hat jetzt die Haushaltsentwürfe von sieben Mitgliedstaaten gerügt, weil diese gegen die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstoßen. Neben Frankreich, Italien und Belgien sind dies Spanien, Malta, Österreich und Portugal. Wir richten den dringenden Appell an die Kommission und die Mitgliedstaaten: Der Stabilitätspakt muss unter allen Umständen „hart“ bleiben! Gemeinsam beschlossene, gute Regeln müssen eingehalten werden – von uns Deutschen, aber auch von den Franzosen, den Italienern, den Belgiern und allen anderen in der EU. Dazu gehört selbstverständlich weiterhin die Absage an eine gemeinsame europäische Haftung, Eurobonds, Eurobills und einen gemeinsamen Schuldentilgungsfonds. Auch eine Transferunion oder eine Schuldenunion brächten uns nur zuverlässig zurück in die europäische Existenzkrise.

In Europa sind die Schicksale der Nationen miteinander verknüpft, jeder Mitgliedstaat trägt auch Verantwortung für die anderen. Das haben wir in Kriegen schmerzlich gelernt. Die Umsetzung der Lehre daraus in die Unverbrüchlichkeit gemeinsamer Werte und in bei der Wirtschaft beginnender Integration hat uns reicher gemacht. Gerade wir C-Parteien wissen, was Humanität bedeutet. Beides lässt uns die Verpflichtung zu Solidarität auch nach außen spüren, gegenüber verfolgten Christen in Syrien und in aller Welt, gegenüber den Nächsten jenseits der europäischen Grenzen, die an Ebola erkrankt sind und sterben oder politisch verfolgt sind und um Asyl bitten.

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière weist dieser Tage darauf hin: Angesichts der Wirklichkeit von 50 Millionen Flüchtlingen in der Welt werden wir uns auf längere Zeit auf hohe Flüchtlingszahlen einstellen müssen. Wichtig ist eine ausgeglichene Verteilung von Flüchtlingen auf die Staaten. Wenn ein Land überlastet ist, dann ist es richtig, dass andere Staaten helfen sollten. Das ändert grundsätzlich nichts an der Vereinbarung von Dublin, dass ein Asylantrag in dem europäischen Land der Ankunft gestellt werden muss.

Wir begrüßen es, das sich jetzt 58 Länder Europas und Afrikas auf einer gemeinsamen Tagung in Rom auf eine engere Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik verständigt haben. Europa muss dazu beitragen, dass Zuwanderung insbesondere über das Mittelmeer bereits durch die Bekämpfung der Ursachen in den Herkunftsländern begegnet wird. Schlepperbanden muss die Geschäftsgrundlage genommen werden, es bedarf einer koordinierten Rückkehrpolitik. Dabei wird Europa eine wichtige Rolle spielen. Klar ist: Wo immer es die Menschlichkeit gebietet, wollen wir humanitäre Hilfe leisten.

Die Gewalt im Nahen Osten, der Terror des Islamischen Staat und die Krise in der Ukraine erfordern eine neue europäische Geschlossenheit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Russlands Verletzung der staatlichen Integrität, seine brutalen Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht von Partnern der europäischen Nachbarschaftspolitik, können nicht hingenommen werden. So richtig der Verzicht auf militärische Mittel ist, so wichtig sind die wirkungsvollen gemeinsamen europäischen Sanktionen. Die Situation in Luhansk und Donezk ist weit entfernt von einem Waffenstillstand. Die Europäische Union steht für die europäischen Werte ein. Deshalb unterstützen wir die Ukraine politisch und ökonomisch. Selbstverständlich muss daneben weiterhin die stetige Bereitschaft zum direkten Dialog mit Russland bestehen. Moskau muss zum Minsker Abkommen zurückkehren.

Grundsatzvergessenheiten, die die völkerrechtswidrige Annexion der Krim anerkennen wollen, ist entgegenzuhalten: De-facto-Unrecht kann nicht de jure zu Recht gemacht werden. Russland verletzt das Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und stellt die europäische Friedensordnung infrage.

Gemeinsam für ein starkes Europa

Aggressive Machtentfaltung ist das Gegenteil von dem, worauf es im Zeitalter globaler Vernetzung ankommt: ein attraktives Gesellschaftsmodell mit einer starken Volkswirtschaft. Unser Gesellschaftsmodell ist attraktiv, wenn die Bürgerinnen und Bürger eine europäische Wirklichkeit erleben, mit der sie sich identifizieren können. Plausibel ist, wenn Europa die Zuständigkeit für die übergreifenden Entscheidungen hat, zum Beispiel in der Währungs- oder der Energiepolitik, und alles, was die Mitgliedstaaten, die Regionen und Kommunen selbst besser erledigen können, in der dortigen Zuständigkeit verbleibt.

Europa braucht einen gesellschaftlichen Grundkonsens. Deshalb stützen wir unsere Politik auf die Basis der gemeinsamen europäischen Werte. Die Menschenwürde, die in Artikel 1 der Charta der Grundrechte verbürgt ist, sollte stets im Vordergrund stehen. Sie sei das Schlüsselwort, das den Aufschwung der zweiten Nachkriegszeit charakterisiert habe, sagte Papst Franziskus kürzlich vor dem Europäischen Parlament. Wir durften seine Rede als starkes Signal der Unterstützung für die europäische Demokratie werten.

Wir wollen gerade in dieser, für eine gute Zukunft für uns alle so wichtigen Legislaturperiode möglichst viele Menschen erreichen und auf unserem europäischen Weg mitnehmen. Wir wollen eng und vertrauensvoll mit allen Gliederungen der Unionsparteien, mit unseren Fraktionen in den Parlamenten und natürlich in den unionsgeführten Regierungen in Deutschland zusammenarbeiten. Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe wirken im Europäischen Parlament daran mit, dass Europa im Innern stabil, sicher und wohlhabend ist und auch nach außen seinen Anspruch als Friedensmacht verwirklicht. Wir laden herzlich dazu ein, uns dabei zu unterstützen und mitzumachen!